Tages-Anzeiger –

Dienstag, 17. November 2026

Keine Pflicht zu kostenloser Hausaufgabenhilfe

Kantonsrat Die Gemeinden entscheiden weiter selbst, ob sie an der Volksschule betreute Aufgabenstunden anbieten. Die SP scheitert mit einer Initiative im Parlament.

Die Zürcher Volksschulen müssen künftig keine kostenlose Hausaufgabenhilfe anbieten. Der Kantonsrat hat eine entsprechende parlamentarische Initiative der SP abgelehnt. Bürgerliche Parteien befürchteten eine schleichende Abschaffung der Hausaufgaben.

Die SP-Kantonsratsmitglieder wollten mit dem Vorstoss die Gemeinden künftig verpflichten, kostenlose betreute Aufgabenstunden sowie individuelle Lernzeiten zur Verfügung zu stellen. Der Rat lehnte die parlamentarische Initiative mit 107 zu 65 Stimmen ab. «Eine verpasste Chance für die Gerechtigkeit», sagte Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil).

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) befürchtete eine «schleichende Abschaffung» der Hausaufgaben, seine Fraktion lehne auch den «Zwang» für die Gemeinden ab. Hausaufgaben hätten einen Wert, sagte er. Mit der Abschaffung helfe man den Kindern und Jugendlichen nicht, selbständig zu werden.

Ins gleiche Horn blies Tobias Infortuna (SVP, Egg): «Die Eltern dürfen nicht noch mehr aus der Verantwortung genommen werden.» Hausaufgaben seien wichtig. «Wir wollen sie auf keinen Fall abschaffen.»

Chancengleichheit vor Gemeindeautonomie

Die Ratslinke sprach nicht von der Abschaffung der Hausaufgaben, sondern von Chancengleichheit. Nicht alle Kinder hätten zu Hause ein eigenes Zimmer oder Eltern, die ihnen bei schulischen Fragen helfen könnten, sagte Nicole Wyss (AL, Zürich). Deshalb sei es wichtig, dass alle Kinder unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu einem solchen unentgeltlichen Angebot hätten. Für die AL müsse die Chancengleichheit Vorrang vor der Gemeindeautonomie haben.

Denn Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) betonte, eine kantonsweite Verpflichtung zu unentgeltlicher Aufgabenhilfe sei nicht zielführend und greife in die Autonomie der Schulen und Gemeinden ein. Diese sollten ihre Angebote bedarfsgerecht gestalten und die vorhandenen Mittel einsetzen können. Und Umfang und Ausgestaltung der Hausaufgaben lägen in der Methodenfreiheit der Lehrpersonen.

Mitte befürchtet unangemessen hohe Kosten

Auch die Mitte-Fraktion war der Ansicht, dass es keine flächendeckende kantonale Verpflichtung brauche, wie Kathrin Wydler (Wallisellen) sagte. Viele Schulen böten bereits heute freiwillige Hausaufgabenstunden an. Sinnvoller sei es, solche Angebote dort zu schaffen, wo Bedarf bestehe. Gerade für kleinere Schulen könne eine Verpflichtung unverhältnismässige Kosten und zusätzlichen Aufwand bedeuten.

Mit dem Vorstoss werde eine Struktur rund um die Hausaufgaben geschaffen, bevor geklärt sei, welchen Zweck diese erfüllen sollten, sagte Nadia Koch (GLP, Rümlang). Zudem entstünden zu hohe Kosten, mehr zusätzlicher Aufwand für die Schulen und weniger Verantwortung für die Eltern. *(SDA)*